

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und den Reichsbezirken 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 RM., bei Vorbestellung halbjährlich 12 RM., jährlich 24 RM. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). In den Reichsbezirken und in den Provinzen des Reichs sind die Preise entsprechend zu erhöhen. Die Abnahme von Anzeigen wird durch den Verleger entgegen genommen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Wochenausgabe: 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).

Angabe: Die 8-spaltige Kennziffer 20 10/10, die 8-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Reichspfennig, die 3-spaltige Kennziffer im zweiten Teile 1 Reichspfennig. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Wochenausgabe: 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 82. — 87. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden. Postfach: Dresden 2640. Donnerstag, den 5. April 1928.

Die Heere von morgen.

Es ist geradezu ein Treppenvorg der Weltgeschichte, daß es niemand anders als der General Foch, der Führer der Entente-Armee, gewesen ist, der bei den Besprechungen über die Deutschland aufzuerlegenden Friedensbedingungen zu verhindern versuchte, daß man von Deutschland die Abschaffung des auf allgemeiner Wehrpflicht beruhenden Heeres verlangte und ihm statt dessen die Bildung eines kleinen, aber aus Berufsmitgliedern bestehenden Heeres auferlegte. Die Mechanisierung der Kriegsführung — wie wir sie, allerdings immer noch in ihren Anfängen gegenüber dem, was sich in der Nachkriegszeit entwickelte, im Weltkrieg erlebt haben — macht ein Massenaufgebot, ein Millionenheer immer überflüssiger, die Anhäufung von Kampfkraft in der Hand eines einzigen Mannes oder einiger weniger — Maschinengewehr, Panz. Flugzeug, schwerste Artillerie, Bomben, auch Gas — würde die Raffinerie großer Truppenteile zu Massenschlachten machen. Die schon vor dem Kriege bekannte „Sere des Schlachtfeldes“ erfährt im und nach dem Kriege eine fast ungeahnte Steigerung — und General Foch hatte mit dieser Entwicklung gerechnet. Die Zeiten der allgemeinen Wehrpflicht im alten Sinne vorbei zu sein.

Dieser Auffassung schließt sich auch jener Mann an, der unsere Wehrmacht nach dem Kriege wieder aufbaute, der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst a. D. von Seekt. Angesichts der Technisierung der Kriegsmittel würden mangelhaft oder nur flüchtig ausgebildete Massenheere einigen wenigen, aber gut durchgebildeten Technikern der Feindesseite gegenüber nichts als Kanonenfutter sein. Aber der moderne Krieg — ebenso wenig wie der Weltkrieg — ist ein Kampf nicht nur der Heere gegeneinander, sondern die Zivilbevölkerung, das Hinterland, ist gleichfalls Objekt des Angriffs. Modane — übrigens auch durch die Völkerverständigung selbst vorzuziehen — und Luftangriff, namentlich letzterer, werden im Krieg der Zukunft die Hauptwaffen sein und es wird darauf ankommen, nicht ein Massenheer, sondern ein auf die Minute des Kriegsausbruchs hin schlagfähiges Heer zu haben. Im Weltkrieg dauerte es etwa vierzehn Tage, ehe die Heere aufmarschiert waren, jetzt kann ein sofortiger und überraschender Luftangriff mit großer Geschwindigkeit vieleicht schon die Entscheidung bringen. Gelingt das nicht, so wird sich nach Seekts Ansicht der Wehrkampf zwischen den beiderseitigen Friedensheeren mit Hilfe hochwertiger Kampfmittel abspielen, aber dieses Friedensheer wird sich aus Berufsmitgliedern mit langjähriger Dienstverpflichtung zusammensetzen. Ein zahlenmäßig kleines Heer wird es sein, aber ungeheuer beweglich in der Hand des Führers.

Aus der früheren allgemeinen Wehrpflicht wird etwas ganz anderes, nämlich das, was wir im Kriege, wenn auch nicht bis zum letzten Ende durchgebildet, erlebt haben und was jetzt Frankreich durchzuführen im Begriffe ist: die Vereinstellung des gesamten Volkes zur Wehrkraft in Angriff und Verteidigung. Hierfür — und das ist eine neue Form der allgemeinen Wehrpflicht — dient das Berufsriedensheer als Ausbildungskammer, der die gesamte in der Schule körperlich vorzubereitete Jugend des Landes kriegerisch sozusagen „anzulernen“ hat. Als Referent für den Kampf in der Heimat und zur Ausfüllung der Verluste an der Front beides aber erst nach weiterer Ausbildung; denn der erste Stoß und damit vielleicht die Entscheidung des Kampfes hat eben das Friedensheer zu tragen. Seekt schließt an diese Erwägungen weitere Vorschläge über die Art, wie die Industrie zu „mobilisieren“ ist, was im Weltkrieg auch nur unvollkommen, jedenfalls kaum vorbedacht und nicht systematisch vorbereitet, erreicht werden konnte. Hängt doch viel zuviel allein davon ab, welcher Waffentyp dem Kriege von morgen das Aussehen geben wird: man erinnere sich z. B. daran, eine wie große Überlegenheit und die vor dem Kriege erfolgte weitgehende Ausbildung der schweren Artillerie gebracht hat.

Freilich ist bei all diesen Ausführungen Seekts, je selbstverständlicher sie sind, das große „Aber“ dabei: wir Deutsche sind ja in Europa die einzigen, die sich auf diese Weise nicht schämen dürfen.

Die Lage der Donezgefangenen.

Bericht der deutschen Botschaft. Legationssekretär Schliep von der deutschen Botschaft in Moskau konnte die deutschen Ingenieure im Moskauer Untersuchungsgefängnis einzeln je zehn Minuten in Anwesenheit dreier russischer Beamter sprechen. Otto und Wadischer sind gesund. Der dritte deutsche Ingenieur Meier erlitt nach der Vernehmung einen leichten Schlaganfall, wodurch die Bewegungsfreiheit des linken Armes behindert worden ist. Schliep beantragte sofortige ärztliche Hilfe, die zugesagt wurde. Meier steht mit seiner Gattin in Briefwechsel, während die beiden anderen darauf verzichteten und bitten, ihren Angehörigen mitzuteilen, daß sie gesund seien.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der aus Krasnodar zurückgekehrte Staatsanwalt Krylenko dem politischen

Englands innere und äußere Sorgen

Irak und Indien in Gefahr.

Bittere Not in Südwales. Das mächtige britische Imperium, dessen Macht bis in die äußersten Winkel der bewohnten Erde dringt, darf sich doch zu keiner Minute ruhig seiner Überfälle an Herrschaftsgewalt erlauben. Besonders in der letzten Zeit drückt es hier und dort und schwere Sorgen verdrängen die Londoner Ministerstube. Man hat etwas hochmütig die Nachrichten vom Trop der Herrschaft des Ibn Saud gegen die englische Herrschaft abgelehnt. Aber so ganz unrichtig scheint die Kunde doch nicht gewesen zu sein, denn seine Anhänger marschieren zurzeit entschlossen gegen das englische Einflußgebiet in Kleinasien, den Irak, vor.

Wie aus Baden gemeldet wird, marschieren eine starke Wahabistreitmacht der beiden Stämme Atebah und Matair unter dem gemeinsamen Befehl der Scheichs Ibn Sauid und Feisal auf die Grenze des Irakgebietes zu. Eine kleine Gruppe der Wahabi soll die Grenze bereits überschritten haben. Daraus seien britische Militärstützungen und Panzerwagen zu Aufklärungszwecken entsandt worden. Unbefestigte Verläufe befagen, daß zwei weitere Stämme sich an dem Vormarsch beteiligen. Die Stärke der Wahabistreitmacht wird mit 5000 Mann angegeben. Die gesamte Kampfkraft der vier beteiligten Stämme wird von einem mit den Verhältnissen vertrauten neutralen Beobachter auf rund 40 000 Mann geschätzt.

Von König Ibn Saud, dem sämtliche Wahabitenstämme blind gehorchen und ohne dessen Willen sie nichts unternehmen, hört man nichts. Ob er wirklich ein so guter Freund der Engländer ist, wie diese es glauben machen wollen?

Verstärkungen an der indisch-afghanischen Grenze.

Aus Kabul hört man, daß die militärische Tätigkeit Englands an der indo-afghanischen Grenze sehr rege geworden sei. Eine Reihe neuer Forts werde geschaffen und die alten würden verstärkt. In Delhi und Lahore seien 60 000 Rekruten eingezogen und ein Teil von ihnen bereits an die Grenze entsandt. Die Infanteriebrigaden in den Grenzstädten seien durch Fliegerabteilungen verstärkt. An der afghanischen Grenze würden Autostraßen gebaut. Durch diese englischen Vorbereitungen seien die unabhängigen Stämme sehr erregt. Aberfälle auf englische Posten seien an der Tagesordnung.

Die sterbenden Bergarbeiter in Wales.

Aber auch im Innern reihen die Schwierigkeiten nicht ab. Erschütternde Schilderungen über die Not der Bergarbeiterbevölkerung von Südwales geben zurzeit durch die internationale Presse. In England selbst verankert man bekanntlich öffentliche Sammlungen für die Armen. Aber diese können doch nur einen Tropfen auf einen heißen Stein darstellen, wenn man sich ein Bild macht von den tatsächlich fürchterlichen Zuständen. Die unglückliche Bevölkerung, die stöckelartige Behausungen in von jedem Haischen Grün entblößten düsteren Schluchten zwischen Schuttbergen bewohnt und der, wie ein berufener Schlichter schreibt, jede soziale und geistige Kulturmöglichkeit bereits seit Jahrzehnten genommen ist, hatte bis vor kurzem wenigstens zu essen. Noch im Jahre 1925 rechnete man mit einem Durchschnittslohn von 75 und im Jahre 1926 bis zum Beginn des Kohlenstreiks mit Wochenbehalten von 65 Schilling. Heute verdient der Bergarbeiter bei rentabelster Grube bestenfalls zwischen 25 und 40 Schilling. Legt man die Feststellung des englischen Arbeitsministeriums zurunde, wonach am 1. Dezember vorigen Jahres 6 deutsche Mark die Kaufkraft von 100 Schilling hatten, so ergibt sich, in deutsches Geld umgerechnet, eine reale Kaufkraft des gegenwärtigen englischen Bergarbeiterlohnes von 16 bis 26 Mark.

Die Darlehen sollen vorzugsweise gegeben werden: an Viehabschlagorganisationen, an Fleischwarenfabriken und Schlachtereierorganisationen, an genossenschaftliche Einrichtungen für Viehabschlag und -zucht.

Aus der Wahlbewegung.

Bayerische Kampfansage an Dr. Stresemann. Die Bayerische Volkspartei läßt durch ihre Korrespondenz gegen die bayerische Kandidatur Stresemanns Stellung nehmen. Stresemann müsse in Kauf nehmen, so schreibt sie, daß er im Wahlkampf auf bayerischem Boden auf der Seite derer gesehen werde, die die bundesstaatlichen Lebensgrundlagen des Deutschen Reiches vernichten, indem sie einen Einheitsstaat haben wollen. Dr. Stresemann müsse es ferner in Kauf nehmen, daß der Name des Außenministers in die zu erwartenden lebensschädlichen Auseinandersetzungen über die kulturellen Probleme hineingezogen werde. Ein hartes Urteil sei es, die Kandidatur Stresemanns als eine Angelegenheit „der reichstreuere Wählerklasse Bayerns“ hinzustellen.

Dr. Dergt über die Wahlen. Vor dem Landesauschuß der Deutschen Volkspartei hielt Reichsminister Dr. Dergt in Uegenitz eine Rede über die politische Lage. Die Wahlfrage habe sich für die Deutschnationalen Volkspartei namentlich seit ihrer Haltung in der Schulgesetzfrage und beim Rotprogramm denkbar günstig gestaltet. Regens Endes liege das politische Schicksal Deutschlands heute in den Händen der Bayern. Reichsternern sie einseitlich zum Wahlkampf, so sei die sozialistische Gewerkschaftsherrschaft zu Ende. Die Deutschnationalen Volkspartei habe es mit Hindenburg, der in bayerischer Arbeit und Pflichterfüllung das Heil für das deutsche Volk erblicke.

Reichs- und Landesliste der Deutschen Volkspartei. Der Reichsauschuß der Deutschen Volkspartei trat in Berlin zusammen und hielt in mehrstündiger Sitzung die Reichs- und Landesliste der Deutschen Volkspartei für die Wahlen auf. Für die Führung der Reichsliste wurden durch Jurist Dr. Stresemann und Geheimrat Dr. Kahl, für die Führung der Landesliste ebenfalls durch Jurist Herr von Campe bestimmt. Dr. Stresemann erklärte, im Falle seiner Wahl das Mandat in Bayern anzunehmen.

Belebung des Arbeitsmarktes.

Schwierigkeiten der Baufinanzierung. Nach dem neuen Reichsarbeitsmarktanzeiger ist mit Beginn des wärmeren Wetters die Bautätigkeit wieder aufgenommen worden. Gleichwohl bleibt bestehen, daß die Belebung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erst ein unbedeutendes Ausmaß angenommen hat, was auch zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Verhältnisse auf dem Baumarkt in diesem Jahre weniger günstig gelegen sind als im Frühjahr 1927. Die in den beiden ersten Monaten des Jahres angemeldeten Bauvorhaben bleiben um fast ein Drittel hinter dem Stande des Vorjahres zurück. Wenn auch die bauernd unglückliche Witterung im März gerade die Bautätigkeit am härtesten beeinträchtigt hat, so wird doch die ganze Lage befremdend durch die bekannten Schwierigkeiten der Finanzierung: Spannungen auf dem Kapitalmarkt und der noch immer übermäßig hohe Zinssatz.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Dr. Hermes weiter Delegationsführer. Das Reichskabinett, das sich mit dem Fortgang der vor kurzem vom deutschen Gesandten in Warschau wieder aufgenommenen Handelsbesprechungen mit der polnischen Regierung beschäftigt, hat u. a. den deutschen Delegationsführer, den früheren Minister Dr. Hermes, in dieser Funktion bestätigt, nachdem Dr. Hermes wegen seiner Wahl zum Präsidenten der Bauernvereine sein Amt als Delegationsführer zur Verfügung gestellt hatte.

Verteilung der Landwirtschaftshilfe.

Entwurf von Richtlinien. Reichsernährungsminister Schiele hat dem vom Reichstag eingesetzten Überwachungsausschuß für die Verwendung der zur Landwirtschaftshilfe ausgeworfenen 30 Millionen jetzt einen Entwurf zu Richtlinien unterbreitet.

Nach diesem Entwurf sollen die Mittel dienen: a) der Organisation des Viehaustriebs auf den großen Schlachtwiehmärkten, b) der Förderung von Einrichtungen zur Verwertung und Verarbeitung von Schlachtwiege, c) der Förderung des direkten Absatzes von Schlachtwiege und Fleisch zwischen Genossenschaften und Erzeugern einerseits und Genossenschaften der Fleischer und Verbraucher andererseits, d) der Entlastung des Inlandsmarktes durch Gewinnung neuer Absatzgebiete für Schlachtschweine sowie für frisches und zubereitetes Schweinefleisch, e) der Rationalisierung von Schweinezucht und Schweinefleisch.

Zur Durchführung der Maßnahmen soll eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet werden. An der Gesellschaft sollen beteiligt werden: die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft, die Zentralstellen der genossenschaftlichen Viehverwertung an den großen Schlachtwiehmärkten, die Schweinezüchter und -mäster, der Viehhandel, das Fleischerhandwerk, die Fleischwareindustrie sowie die Verbraucherorganisationen. Zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses soll ein Reichsausschuß bei der Gesellschaft bestellt werden. Grundstücke und Fleischwarenfabriken soll die Gesellschaft in der Regel nicht erwerben.

Darüber, für die das Reich eine Garantie übernimmt, sollen möglichst für längere Zeit und zinslos oder zu einem niedrigen Zinssatz gegeben werden; soweit erforderlich und möglich, sind zur Ermäßigung des Zinssatzes die zur Verfügung stehenden Reichsmittel heranzuziehen.

„Wilsdruffer Tageblatt“ besten Erfolg!